

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro dreigespaltene Corpuzzeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 132.

Dienstag, den 9. November

1897.

Die sittliche Erziehung im Berufs- und Wirtschaftsleben der Neuzeit.

Elternhaus und Schule legen Gott sei Dank bei den meisten jungen Leuten den Grund zur sittlichen Vorbereitung für das erste Berufs- und Wirtschaftsleben. Aber wenn heutzutage mit allen möglichen Mitteln daran gearbeitet wird, die wirtschaftliche Lage der Handwerker und Gewerbetreibenden zu heben, so sollte doch auch daran gedacht werden, für die sittliche Erziehung der Lehrlinge und jüngeren Gehilfen im Berufs- und Erwerbsleben mehr zu thun als meistens geschieht. Jeder, der die Verhältnisse im Lehrlings- und Gehilfenwesen kennt, wird wissen, wie lückenhaft die sittliche Erziehung für junge Berufsgenossen ist und wie schwierig und werthvoll es erscheint, hier eine Reform durchzuführen. Wenn nun durch gesetzliche Bestimmungen, wie solche in der jüngsten Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 26. Juli d. J. enthalten sind, einer tüchtigen praktischen und theoretischen Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses möglichst Rechnung getragen ist, so dürfte eine sittliche Erziehung der Lehrlinge ebenso wichtig sein und wesentlich dazu beitragen, brave rechtschaffene Gesellen heranzubilden, aus deren ehrenfester Charaktergrundlage tüchtige Meister und Bürger hervorgehen. Zunächst erscheint die sittliche Zucht bei solchen Knaben am allernothwendigsten die ihre Lehrzeit in einer Fabrik durchmachen. In der Regel gelangen solche junge Leute sofort nach der Konfirmation zu einer gewissen Selbstständigkeit, entbehren sehr oft — und vielfach zu ihrem Unglück — selbst der elterlichen Zucht, und wie die Erfahrung lehrt, führt diese Bewegungsfreiheit in den selbsten Fällen zum Guten, sondern wird meist schlecht angewendet. Unstrettig bietet jene familiäre Zucht im Hause des Meisters und von diesem selbst ausgeübt die beste Gewähr, das sittliche Ich und die sittliche Erziehung der Lehrlinge zu heben und zu fördern. Ein Herz und Gemüth erquickendes Verhältnis ist es, wenn der Meister nicht allein der strenge Gebieter in der Werkstatt ist, sondern seine Lehrlinge häufig in seine Nähe zieht, ihnen von seinen Arbeiten, seinen eigenen Lehr- und Wanderjahren erzählt, ihnen das vor kurzem verlassene Elternhaus zu erregen und den sich entwickelnden Charakter zu beobachten sucht. Sicher wird ein solcher Meister sich treue Mitarbeiter heranbilden, die an ihm und seinem Geschäfte mit mehr Liebe hängen, als dies in unserer Zeit leider sehr oft der Fall ist. Obwohl eine derartige familiäre Lehrlingserziehung in großen industriellen Fabrikanlagen kaum als durchführbar erscheint, indem der Einzelne hinter der Gesamtheit zurücktritt, auch der Erziehung der in Frage kommenden jungen Leute nach dieser Richtung in vielen Großbetrieben leider nicht die nötige Beachtung geschenkt wird, so hat man doch, wenn auch in einer verhältnismäßig geringen Zahl derselben, die charakterbildende und sittliche Erziehung der Fabriklehrlinge und zwar mit gutem Erfolge in die Hand genommen. Sowohl für Handwerk wie für Großindustrie dürfte die sittliche Erziehung der heranwachsenden gewerblichen Jugend als eine ernste soziale Pflicht anzusehen sein. Die Opfer, welche diese Pflicht bedingt, werden nicht nur dem Erwerbsleben und den arbeitenden Massen, sondern der gesammten Volkswohlfahrt gebracht.

Tagesgeschichte.

Der Kaiser gedenkt an diesem Montag seinen angekündigten Jagdausflug nach Groß-Strehlitz und Kuchelna in Oberschlesien anzutreten und hierbei auf der Hinreise das Ueberschwemmungsgebiet bei Hirschberg u. s. w. zu besichtigen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow, welcher anlässlich der Beisetzung seines Bruders, des Generalmajors v. Bülow, aus Rom in Berlin eingetroffen war, hat sich am Freitag Abend nochmals nach Rom zurückbegeben, um seinen dortigen Haushalt aufzulösen und die unterbrochenen Abschiedsbesuche zu Ende zu führen. Vor seiner erneuten Abreise von Berlin hatte Herr v. Bülow eine längere Audienz beim Kaiser im Neuen Palais zu Potsdam, sowie eine Unterredung mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck im Auswärtigen Amte.

Als muthmaßlicher Tag des Zusammentrettes des

Reichstages wird jetzt in der „Nat. Ztg.“ der 30. Nov. bezeichnet. — Dem Bundesrathe sind die Gesekentwürfe, betr. die Abänderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozessordnung und der Zivilprozessordnung, zugegangen.

Der Bundesrath hat in seiner gewöhnlichen Wochenplenarung vom 4. d. M., wie von offizieller Berliner Seite gemeldet wird, Ansuchen anträgen in verschiedenen Fragen von keinem allgemeineren Interesse zugestimmt. Daneben sind Beschlüsse über einen dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschlag wegen Neubesezung der Stelle eines vortragenden Rathes beim Rechnungshofe und über eine Reihe von Eingaben gefasst worden. Nach einer privaten Nachricht wäre aber in der gedachten Bundesrathssitzung auch der Entwurf der neuen Militärstrafprozessordnung in zweistündiger Debatte beraten und schließlich in der vom Ausschusse beantragten Fassung mit großer Mehrheit angenommen worden, wobei die Frage des bayerischen Referendatsrechtes (eigener oberster Militärgerichtshof) noch offen geblieben sein soll. Von diesem angeblichen wichtigen Beschlusse des Bundesrathes sagt die erwähnte offizielle Meldung allerdings nichts, sollte die Sache aber doch ihre Wichtigkeit haben, so wäre dies nur mit hoher Genauigkeit zu begründen, die endliche Erledigung der Vorlage über die Militärstrafprozessreform im Bundesrathe wäre ein entscheidender Schritt nach vorwärts in dieser bedeutsamen Frage.

Der Marinehaatssekretär Tirpitz wurde am Sonnabend in München vom Prinz-Regenten Luitpold und am Sonntag in Darmstadt vom Großherzog von Hessen empfangen. Hiermit hat Herr Tirpitz seine „Antrittsbesuche“ an den größeren deutschen Höfen beendet.

Der neue General-Postmeister räumt kräftig unter dem im Postwesen herrschenden Bureaunkrautismus auf: Ein Gewerbetreibender in Stolp hat um Telephonanschluss, erhielt aber die Antwort, daß er diese Bitte vor vier Monaten hätte stellen sollen, jetzt könne der Anschluß erst am 1. April nächsten Jahres erfolgen. Kurz entschlossen wandte sich der Gewerbetreibende an Bobbielski und dieser verfügte, daß der Anschluß sofort zu erfolgen hätte, und Tags darauf wurden die Arbeiten in Angriff genommen.

Ein hochbedeutsamer Schritt zur Schaffung einer Gesamtorganisation der Arbeitgeber im Sinne der jüngsten kaiserlichen Aeußerungen ist von einer Reihe namhafter Industrieller gethan worden. Nach lang andauernden Vorbereitungen ist zu Berlin unter dem Namen „Industria“ eine Versicherungsgesellschaft ins Leben gerufen worden, welche zum Ziele hat, die Arbeitgeber gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen schadlos zu halten, und auf der anderen Seite hierdurch die arbeitswilligen Arbeiter gegen den terroristischen Einfluß der streikenden Genossen zu schützen. Der notarielle Gründungsakt ist am 28. Okt. d. J. unter Annahme der Statuten geschlossen. Das Aktienkapital ist vorläufig auf fünf Millionen Mark festgesetzt. An der Spitze des Unternehmens stehen u. A. die Herren Kgl. Kommerzienrath Hermann Wirth-Berlin (in Firma Poppe & Wirth), Fabrikbesitzer N. v. Dreys-Sommerda, Fabrikdirektor Ludwig Meyling-Berlin (Eisenagiererei A.-G. Meyling & Thomas), Fabrikbesitzer Eugen Grimm (i. F. Sperling & Herzog), Leipzig, Handelsrichter A. Thieme, Leipzig, Fabrikbesitzer D. Weigert-Berlin, Versicherungsdirektor Rüpp-Berlin, Fabrikdirektor Goepfert-Wurzen (Sächsischer Bronzwaaren-Fabrik, A.-G.), Fabrikbesitzer Ernst Otto-Berlin (i. F. Ferd. Biegler & Co.) und Rechtsanwält Dr. Lubszynski-Berlin. Wie wir hören, werden in den nächsten Tagen die Aktien in interessirten Kreisen zur Zeichnung aufgelegt werden. Da in den Versicherungsbedingungen auf Vorschlag der preussischen Regierung Vorsorge getroffen ist, daß solche Streiks nicht unter die Versicherungspflicht fallen, welche von den Arbeitgebern unredlichweise provozirt worden sind, so darf man wohl annehmen, daß mit diesem Werke die Grundlage für einen gerechten Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf friedlichem Wege geschaffen ist. Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der „Industria“, Berlin SW, Jerusalemstraße 7.

Der Alldeutsche Verband hat seinen Plan, auf den 12. November eine Versammlung nach Berlin einzu-

berufen und dieselbe zu einer großen Kundgebung für die Sache des Deutschthums in Oesterreich zu gestalten, wieder aufgegeben. Letzterer Beschluß ist auf das vom Berliner Polizeipräsidium erlassene motivirte Verbot des Auftretens der österreichischen Reichsrathsabgeordneten Wolf u. s. w. in der geplanten Versammlung hin gefasst worden; in dem Verbot hatte das Polizeipräsidium mit der eventuellen Ausweisung der österreichischen Herren gedroht. Die betreffende dem Vorstande des Alldeutschen Verbandes gemachte Eröffnung ist direkt auf Anordnung des Ministers des Innern v. d. Neude erfolgt, der hierbei wiederum im Einvernehmen mit dem Gesamtministerium handelte. Da Herr von der Neude am Sonnabend Vormittag vom Kaiser empfangen worden war, so hat möglicherweise der Minister dem Monarchen bei diesem Anlaß Vortrag über die genannte Angelegenheit gehalten.

Ahlwardt ergeht sich wieder in neuen Beschuldigungen gegen die Militärverwaltung. So hat er in einer Versammlung am Montag Abend in Berlin behauptet, daß gegenwärtig täglich ganze Wagenladungen zertrümmerter Loewescher Gewehre in Hörde, Westfalen, einträfen, um dort entweder zu 50 Pf. das Stück verkauft zu werden oder in den Schmelzöfen zu wandern. Es sei das der beste Beweis für seine im Judensinten-Prozess aufgestellten Behauptungen. — Hoffentlich wird Herr Ahlwardt diese seine offenbar wiederum aus der Luft gegriffene Behauptung auch im Reichstag wahr halten und dann von der Militärverwaltung eine Antwort erhalten, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Ahlwardt suchte in derselben Versammlung es so darzustellen, als ob der Inhaber der Chocoladenfabrik, von der seine Frau in der Nahrungsmittel-Ausstellung Kostproben „entnommen“ hat, absichtlich auf einen Reinfall seiner Familie spekulirt habe. Die Firma habe ihm mitgetheilt, daß das vielbesprochene Paket Chocolade, welches seine Frau mitgenommen habe, aus Versehen unter die Jedermann zur Verfügung stehenden Kostproben gerathen sei.

Die Mehrheit im österreichischen Abgeordnetenhaus hat am Freitag einen äußerlichen Sieg davongetragen: nach einer die ganze Nacht bis zum nächsten Vormittag währenden Sitzung ist der Abschluß der ersten Lesung des Ausgleichsprovisoriums erzwungen worden. Durch den wüthenden Lärm überdönt, sind freilich die Ausführungen zum Gegenstande der Tagesordnung für die Offenlichkeit ungehört verhallt; bei der Art „parlamentarischer“ Thätigkeit, wie sie sich jetzt in Oesterreich abspielt, begnügt man sich indessen mit der Thatfache, daß zu diesem Gegenstande geredet wurde. Selbstverständlich ist aus diesem „Sieg“ der Mehrheit über die Obstruktion keinerlei Schluß auf das endgiltige Schicksal der Ausgleichsvorlage möglich. Es hat bei der ersten Lesung keine entscheidende Abstimmung stattgefunden, und erst wenn eine solche erfolgt ist, kann man von einer wirklichen Befiegung der Abstraktion sprechen. Eine Abstimmung kann aber unter derartigen Verhältnissen, wie sie in der Nachtigung vom Donnerstag zum Freitag sich wieder abgespielt haben, unmöglich vorgenommen werden. Da die Erbitterung der Opposition auf das Neueste gesteigert ist, so lassen die eigentlich entscheidenden Sitzungen einen Grad von Erregung erwarten, bei dem eine Erledigung der Ausgleichsvorlage einfach undenkbar ist. Für uns Reichsdeutsche ist es überaus schwierig, zu dem Kampfe unserer Stammesbrüder gegen die brutale Unterdrückung durch die slawisch-heriale Koalition unter Führung Badens Stellung zu nehmen. Auf welcher Seite unsere Sympathien sind, darüber ist kein Wort zu verlieren. Es ist aber begreiflich, daß die um ihr nationales Dasein ringenden Deutschen Oesterreichs eine mehr aktive Theilnahme der Reichsdeutschen wünschen, während diese nicht mehr thun können, als das Vorgehen der derzeitigen Wiener Regierung auf das Schärfste zu verurtheilen und darzutun, wie diese Regierung die Grundlagen des österreichischen Staates untergräbt, indem sie das einigende nationale Element zu einem minderwerthigen Bestandtheile des österreichischen Völkergemisches herabzubringen sucht. In dem Zwiespalte unserer Bundesstreue Oesterreich gegenüber und den Empfindungen, welche der Kampf der Deutschen in uns wachrufen muß, können wir unsere Volksgenossen jenseits der Grenze nur zum Ausharren